



Haushalts- und Finanzausschuss

17. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

23. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:03 Uhr bis 12:57 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|--------------|
| 1 | Finanzverwaltung für Nordrhein-Westfalen – mündlicher Sachstandsbericht | 5 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
|
2 |
Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze |
8 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065 | |
| | Stellungnahme 18/412
Stellungnahme 18/434 | |
| | – Wortbeiträge | |

¹ vertraulicher Teil mit den Tagesordnungspunkten 12 und 13 siehe vAPr 18/26

3 Gesetz über die Bestimmung von zeitlichen Grenzen für die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich im Land Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1919

Ausschussprotokoll 18/185 (*Anhörung im AHeiKo am 3. März 2023*)

In Verbindung mit:

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3650

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der entsprechend dem Änderungsantrag geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der AfD zu.

4 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen 13

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1375

Ausschussprotokoll 18/163 (*Anhörung im IA am 2. Februar 2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Fraktion der AfD ab.

5 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung eines digitalen Portals im Vollzug des Studierenden-Energiepreispauschalengesetzes 14

Vorlage 18/928

Drucksache 18/3445

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis und erhebt keine Einwände.

6 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung über die Anbindung des Organisationskontos bei Bund und Ländern 15

Vorlage 18/937

Drucksache 18/3457

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis und erhebt keine Einwände.

7 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) zwischen dem Bund und den Ländern 16

Vorlage 18/939

Drucksache 18/3488

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis und erhebt keine Einwände.

8 Mehrarbeit bei der Polizei (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]) 17

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/1026 (Neudruck)

– Wortbeiträge

9 Mittelabfluss Sondervermögen Krisenbewältigung (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **20**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1021

– Wortbeiträge

10 Rechtsstreit zwischen Portigon und EAA (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **23**

– Wortbeiträge

Der Tagesordnungspunkt wird im vertraulichen Sitzungsteil als TOP 12 erneut aufgerufen.

11 Verschiedenes **24**

a) Terminplanung **24**

b) Verwaltungsvereinbarung „Härtefallhilfe“ **24**

c) Termin „Kapitalmarktgespräche“ **24**

d) Obleuterunde **24**

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065

Stellungnahme 18/412
Stellungnahme 18/434

(Überweisung an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses – federführend – sowie an den Rechtsausschuss am 8. März 2023)

Vorsitzende Carolin Kirsch informiert, der Unterausschuss Personal habe in seiner Sitzung am 21. März 2023 die Durchführung einer schriftlichen Sachverständigenanhörung vereinbart; die Stellungnahmen könnten bis zum 16. April eingereicht werden. Der Rechtsausschuss habe dem Gesetzentwurf bereits zugestimmt.

